

Presseinformation

Verantwortlich	E-Mail	Telefon	Fax
Holger Lunau	lun@berlin.ihk.de	+49(0)30 31510-276	+49(0)30 31510-344
Datum			

19. Dezember 2008

Wirtschaft: Kein Fahrverbot für gelbe Plakette ab 2010

Die Berliner Wirtschaft fordert vom Senat angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage, die ab 1. Januar 2010 geplante zweite Stufe nicht einzuführen, sondern vorerst auszusetzen. Dies gilt um so mehr, als die vom Senat selbst benannten Voraussetzungen für die Einführung der 2. Stufe der Umweltzone 2010 nicht vollständig erfüllt sind. Außerdem könne der Senat die Wirksamkeit der Umweltzone bisher nicht nachweisen.

In einer gemeinsamen Erklärung reagierten IHK, Handwerkskammer, Fuhrgewerbeinnung, der Verband Verkehr und Logistik Berlin und Brandenburg e.V und der Landesverband des Berliner und Brandenburger Verkehrsgewerbes auf die Ankündigung von Umweltsenatorin Katrin Lompscher, ab 2010 nur noch Fahrzeugen mit grüner Plakette die Einfahrt in die Umweltzone zu erlauben. Die Vertreter der Wirtschaft bezeichneten es als unverantwortlich, die Berliner Unternehmen im voraussichtlich schwierigen Jahr 2009 auf diese Weise zusätzlich zu belasten. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise und der Erhöhung der Lkw-Maut bedeute die geplante Verschärfung der Umweltzone ein Anti-Konjunkturprogramm für die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg.

Die vom Berliner Senat im Luftreinhalteplan definierten Bedingungen für die Verschärfung der Umweltzone seien weiter nicht erfüllt. Aktuell liegt die Verfügbarkeit von Filtersystemen für wichtige Fahrzeuggruppen zwischen 55 und 72 %. Weiterhin bleibe offen, ob die zur Verfügung stehenden Filtersysteme technisch ausgereift, auf die jeweiligen Motoren abgestimmt und damit für einen flächendeckenden Einsatz geeignet seien. Hinzu komme, dass es kein Förderprogramm für die Filternachrüstung von Nutzfahrzeugen gebe.

Bei den derzeitigen Plänen müsse für die Region mit einem Investitionsbedarf in dreistelliger Millionenhöhe gerechnet werden. Der Zwang zur Nachrüstung treffe vor allem jene Unternehmen besonders hart, die noch vor weniger als drei Jahren in Fahrzeuge mit der besten verfügbaren Technik – Euro III – investiert hätten. Gerade diese würden nun gezwungen, Rußfiltersysteme einzubauen, mit Gesamtinvestitionen bis zu 12.000 Euro je Fahrzeug. Durch Umweltzone und Lkw-Maut-Erhöhung würden ihre Fahrzeuge beispiellos schnell entwertet. Zusätzlich kritisierten die Vertreter der Wirtschaft die Behauptung des Senats, die Investitionen in die Nachrüstung kämen der regionalen Wirtschaft zugute. Vielmehr müssten durch die ungerechtfertigte Vorreiterrolle Berlins die Unternehmen der Region die höheren Einführungskosten der Filtersysteme tragen, obwohl kein Filterhersteller in Berlin angesiedelt sei.